



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

SOZIALREPORT 2006: STIMMUNG IN OSTDEUTSCHLAND AUF NEUEM TIEFSTAND

17.01.2007 Fachinformation

Die Stimmung in den neuen Bundesländern hat sich im Jahr 2006 weiter verschlechtert. Die allgemeine Lebenszufriedenheit hat einen neuen Tiefpunkt erreicht, zugleich haben die Befürchtungen mit Blick auf die Zukunft wieder zu- und die Hoffnungen entsprechend abgenommen. Das gehört zu den zentralen Aussagen des Sozialreports 2006, der am 16. Januar in Berlin vorgestellt wurde. Für die bereits zum 17. Mal durchgeführte Untersuchung zur sozialen Lage und Entwicklung in den neuen Bundesländern, die insbesondere die Befindlichkeiten und Auffassungen der Bürger Ostdeutschlands erfasst, wurden im Juni 2006 885 Ostdeutsche befragt. Die Studie wurde im Auftrag des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) erarbeitet. Lebenszufriedenheit ist vor dem Hintergrund der Reformdebatten weiter gesunken. Im Jahre 2006 waren in den neuen Bundesländern 39 Prozent der Befragten mit ihrem Leben alles in allem zufrieden, 43 Prozent waren teilweise zufrieden, 12 Prozent unzufrieden und 4 Prozent sehr unzufrieden. Damit ist die Lebenszufriedenheit in den letzten Jahren deutlich gesunken: 1999/2000 waren noch 59 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden gewesen. "Zufriedenheitsverluste" betraf insbesondere die Altersgruppe der ab 50-Jährigen. Hohe Zufriedenheit gibt es in den Bereichen, die der Einzelne selbst beeinflussen und gestalten kann, d.h. beim Wohnen, der Partnerschaft und Freizeitgestaltung - geringe Zufriedenheit in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, persönlichen politischen Einfluss und die wirtschaftliche Situation. Zukunftsverunsicherungen insbesondere bei älteren Bürgern haben drastisch zugenommen. Der sich in der Untersuchung 2005 andeutende Hoffnungsgewinn hat sich 2006 bereits wieder umgekehrt. So äußerten in Bezug auf die weitere Entwicklung nur 8 Prozent der Bürger vor allem Hoffnungen, 38 Prozent vor allem Befürchtungen, 45 Prozent antworteten mit sowohl als auch. Offensichtlich lassen die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei immer noch hoher Arbeitslosigkeit ebenso wie die Wirkungen der Sozialreformen vor allem Befürchtungen aufkommen. Es sind die Senioren und Bürger zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr, die - bezogen auf ihre Hoffnungen und Befürchtungen - historische Tiefst- bzw. Höchstwerte erreichen. Erstmals haben Senioren weniger Hoffnungen (3 Prozent) und mehr Befürchtungen (49 Prozent) als alle anderen Altersgruppen. Nur jeder fünfte Ostdeutsche ist mit seinen Zukunftsaussichten zufrieden, während vier von fünf Ostdeutschen teilweise bzw. ganz unzufrieden sind. Von Verbesserungen wird in den nächsten Jahren in den Bereichen Partnerschaft, Wohnen und Freizeit ausgegangen, in den Bereichen soziale Sicherheit, Arbeitsmarktentwicklung und Einkommens-Preis-Entwicklung wird von rd. zwei Dritteln der Befragten eine weitere Verschlechterung erwartet. Im Vergleich der Jahre 1994 bis 2006 erreicht die Zukunfts-Unzufriedenheit einen historischen Höchststand. Seit der Jahrtausendwende reduzierte sich die Zukunftszufriedenheitsquote von 42 Prozent (2000) auf weniger als die Hälfte im Jahre 2006 (20 Prozent). Die enormen Zukunftsverunsicherungen im Osten reflektieren sich auch in dem nach wie vor hohen Abwanderungsdefizit durch den Um- und Wegzug (Saldo seit 1991 = 950.000 Bürger) sowie in einer nach wie vor geringen Geburtenzahl. Kinder werden z.T. als Risiko für die eigene Entwicklung gesehen. Als Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen werden vor allem berufliche Nachteile (77 Prozent) und zu hohe finanzielle Belastungen (72 Prozent) genannt. Dem folgen eine nicht kinderfreundliche Umgebung (49 Prozent), fehlende Betreuungsmöglichkeiten (46 Prozent), fehlende Zukunft für Kinder (42 Prozent). Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat sich zunehmend verschlechtert. Von den Befragten bewerteten 2 Prozent ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut, 23 Prozent mit gut, 46 Prozent mit teils gut/teils schlecht, 22 Prozent mit schlecht und 7 Prozent mit sehr

schlecht. Damit hat sich der Trend einer zunehmend negativen Bewertung nachdrücklich fortgesetzt. Mit rd. 57 Prozent stellte mehr als jeder zweite Befragte eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren fest, nur 13 Prozent sahen eine Verbesserung. Bezogen auf den die kommenden fünf Jahre erwarten 10 Prozent Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation, über die Hälfte (52 Prozent) geht von Verschlechterungen aus, 16 Prozent erwarten keine Veränderungen. Neue Formen der Armut: Armut trotz Arbeit, Armut von Familien, Altersarmut. Die Erwartungen an eine Einkommensangleichung zwischen Ost und West stabilisieren sich auf niedrigstem Niveau. Gingen 1993 noch 76 Prozent der Befragten davon aus, dass innerhalb von zehn Jahren eine Einkommensangleichung erfolgen würde, nahmen das 2006 nur noch 18 Prozent an. Rentner gehen inzwischen von 2038 als Angleichungszeitpunkt aus. Insgesamt leben nach Selbsteinschätzung 17 Prozent der Befragten in Haushalten mit einem Einkommen unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, 9 Prozent der befragten Bürger erhalten ein individuelles Einkommen unter 50 Prozent. Als "Reiche" (200 Prozent des Durchschnittseinkommens) ordnen sich 5 Prozent der Bürger ein, darunter 38 Prozent der Beamten und 13 Prozent der Selbstständigen. 55 Prozent der befragten Arbeitslosen leben in Haushalten mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens. In rund einem Viertel aller Arbeitslosenhaushalte sind beide Partner von Arbeitslosigkeit betroffen. Unverkennbar ist aber, dass Armut inzwischen auch trotz Erwerbsarbeit auftritt. So erhalten 3 Prozent der vollbeschäftigten Erwerbstätigen, 12 Prozent der Teilzeitbeschäftigten, 28 Prozent der geringfügig Beschäftigten ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Familien mit ein bzw. zwei Kindern geben zu 5 bzw. 12 Prozent an, ein Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze zu erhalten, Alleinerziehende mit einem Kind zu 32 Prozent. Von den Rentnern sind inzwischen 13 Prozent dem Bereich der Altersarmut zuzuordnen (21 Prozent allein lebender Rentnerinnen). Der "Sozialreport 2006: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern" (PDF-Dokument, 52 Seiten) kann unter www.volkssolidaritaet.de kostenlos herunter geladen werden.

<https://bbu.de/beitraege/sozialreport-2006-stimmung-ostdeutschland-auf-neuem-tiefstand>